

## „Wir haben selbst erst aus der Zeitung davon erfahren“

Ungereimtheiten über eine vermeintliche Petition

SOOSS. - Im Zuge der Eröffnung der AST Bad Vöslau überreichte Bgm. Helene Schwarz ein Schreiben an Landeshauptmann Erwin Pröll - soweit die Fakten. Mittlerweile sorgt ebendieses Schreiben für einiges an Verwirrung, denn was ursprünglich aus ÖVP-Kreisen als Petition zur Verlängerung der Dammgasse bezeichnet wurde, stellte sich letzten Endes als Bitte um die Umleitung einer Busroute heraus. Die Opposition zeigt sich verärgert, und auch in der Landesregierung wundert man sich über die Verwechslung der Schriftstücke.

Im Juni betonte die Sooßer Bürgermeisterin Helene Schwarz (ÖVP) im Rahmen eines Interviews mit der BZ, dass ihr die Verlängerung der Dammgasse zur Entlastung der Gemeinde Sooß vom Durchzugsverkehr ein zentrales Anliegen sei und sie deshalb auch weiterhin an das Land NÖ appellieren würde, diese Umfahrungslösung so rasch wie möglich umzusetzen. Bei der Verkehrsfreigabe der AST Bad Vöslau war es schließlich soweit: Schwarz überreichte ein Schreiben an den Landeshauptmann. Tags darauf folgte eine Pressemitteilung, die von ÖVP-Gemeinderat Christian Stuefer ausgesendet wurde.

Problematische Presseaussendung

In der Aussendung hieß es: „Im Zuge der feierlichen Eröffnung der Autobahnabfahrt Bad Vöslau übergab Frau Bgm. Helene Schwarz eine Petition der VP Sooß an unseren Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll. In dem Schreiben fordert die ÖVP-Sooß den seit Jahren diskutierten Zusammenschluss der Dammgasse in Baden mit dem nun neuen Autobahnanschluss in Bad Vöslau.“ Die so genannte „Petition“, deren genauer Wortlaut zu diesem Zeitpunkt niemandem bekannt war, hat mittlerweile für einiges an Verwirrung in den Reihen der Opposition gesorgt, denn offenbar wurde dem Landeshauptmann Ende August ein völlig anderes Schreiben als behauptet überreicht. Darin ist von der Umleitung einer Buslinie über die obere Hauptstraße und nicht von der Dammgassenverlängerung die Rede. Publik wurde die Verwechslung erst, als das Büro Pröll bemerkte, ein anderes Schreiben als in diversen Medien berichtet, erhalten zu haben.

„Aufklärung durch Zufall“

„Wir haben in der Zeitung gelesen, dass dem Landeshauptmann angeblich eine Bitte zur Umsetzung einer Umfahrungslösung überreicht wurde und haben uns darüber gewundert, nie ein solches Schreiben erhalten zu haben“, bestätigt Gerhard Noe vom Büro des Landeshauptmanns, der für Straßenangelegenheiten zuständig ist. „Wir haben uns daraufhin an die Gemeinde gewandt und um Klarstellung gebeten. Uns wurde seitens der Sooßer Gemeindeführung versichert, dass es sich um eine simple Verwechslung gehandelt hat.“ Deutlich verärgert über das angebliche Missverständnis zeigen sich die Mandatare der Bürgerliste „proSooss“. „Es ist einzig und allein einem Versprecher in der Gemeinderatssitzung der Vorwoche zu verdanken, dass wir von diesen Ungereimtheiten überhaupt erfahren haben“, so Andreas Klement, Ing. Peter Koternetz und Karl Beisteiner von „proSooss“. „Wir haben daraufhin bei der Bürgermeisterin um eine Klarstellung gebeten und dezidiert gefragt, welches Schreiben sich nun tatsächlich in dem an den Landeshauptmann überreichten Umschlag befunden hat.“ Bgm. Helene Schwarz bestätigte daraufhin in einem E-Mail an den gesamten Gemeinderat, dass es sich bei dem überreichten Schreiben um einen anderen Inhalt als berichtet gehandelt habe.

„Vorher nicht abgesprochen“

„Ich habe mich dazu entschlossen, dem Landeshauptmann zunächst die Bitte um eine dringend notwendige Änderung der Busroute zu überreichen, weil ich das Thema der Dammgassenverlängerung zuerst mit Gemeindevertretern aus Baden und Bad Vöslau besprechen wollte“, so Schwarz. „Dafür wurde auch schon

ein Termin am 17. Oktober festgesetzt.“ Die Sache sei insgesamt unzufriedenstellend verlaufen, so die Bürgermeisterin. „Die Presseaussendung, in der von einer Petition anderen Inhalts die Rede war, wurde nicht mit mir abgesprochen, und so ist es zu diesem Missverständnis gekommen.“ Mittlerweile wurde das Schreiben mit der Bitte um eine Dammgassenverlängerung, von dem auch in mehreren Artikeln in der BZ die Rede war, nachgereicht. Die Mandatare von „proSooss“ verstehen das Vorgehen der Bürgermeisterin in dieser Sache dennoch nicht. „Besser wäre es gewesen, direkt auf die falsche Aussendung zu reagieren und nicht zu warten, bis die Sache durch einen Zufall an die Öffentlichkeit gelangt“, so Klement, Koternetz und Beisteiner.

N. Kranzl